

Drucksachen-Nr.: 8114/Ä....

Beschluss-Nr.: 165/14/2-1

vom: 24.02.2021

*mehrheitlich angenommen*

### **Interfraktioneller Antrag**

#### **i2030: Enge Einbeziehung der Stadt Falkensee bei den Vorplanungen**

##### **Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:**

Die Länder Brandenburg und Berlin werden aufgefordert, bei den i2030-Planungen auf dem Bahn-Korridor Berlin-Spandau – Nauen die Stadt Falkensee eng in die anstehende Vorplanung einzubeziehen; die vorliegenden Beschlüsse und Konzepte der Stadt (v.a. INSEK, Parkraumkonzept, Park & Ride-Parkplatz in Seegefeld) sind durch die Planer zu berücksichtigen.

Für die Bahn-Pendler nach Berlin darf es mit dem i2030-Projekt keine Verschlechterung im Angebot für Falkensee geben; falls die S-Bahn kommen sollte, sollen die Regionalbahnen weiterhin auch in Finkenkrug, Seegefeld und möglichst Albrechtshof halten.

Bei einer auf bis zu sechs Gleisen ausgebauten Bahntrasse ist eine Reduzierung der – schon bestehenden – Trennwirkung zwischen den nördlichen und südlichen Stadtteilen planerisch umzusetzen, und die Querungen der Trasse sind Nutzerbezogen, insbesondere für die Querenden, zu verbessern.

Darüber hinaus werden die Länder Brandenburg und Berlin aufgefordert, für die Bürgerinnen und Bürger kurz- und mittelfristig Verbesserungen im Bahnverkehr auf dem Korridor zu realisieren (z.B. Optimierung der Zufahrten zum Bahnhof Spandau, attraktive Taktfolgen, Verlängerung der Bahnsteige für größere Zugkapazitäten).

Der Landkreis Havelland wird aufgefordert, sich für die Falkenseer Interessen einzusetzen.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, diesen Beschluss mit Nachdruck gegenüber den Ländern Berlin und Brandenburg zu vertreten und die Stadtverordneten laufend in die Entwicklungen mit einzubeziehen.

##### **Begründung:**


Im Spätsommer 2020 haben der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) und die Deutsche Bahn die langfristigen Planungen im SPNV auf dem o.g. Korridor mit dem möglichen Ziel eines bis zu sechsgleisigen Ausbaus vorgestellt (Projekt i2030). Es soll je zwei Gleise für die Fernbahn und die Regionalbahn sowie ggf. auch 2 Gleise für die S-Bahn geben. Im Falle einer S-Bahn-Verlängerung bis Falkensee-Finkenkrug sollen in Seegefeld und Albrechtshof nach diesen Überlegungen nur noch S-Bahnen und in Finkenkrug entweder die S-Bahn oder die Regionalbahn halten. Da die Regionalbahn attraktive schnelle Verbindungen ins Berliner Zentrum bietet, würde das skizzierte Konzept mit einer Umstellung auf S-Bahn-Halte zu einer deutlichen Verschlechterung des SPNV-Angebotes führen. Wenn die Regionalbahn nur noch am Bahnhof Falkensee hielte, würde dies dem Stadtentwicklungs- und Parkraumkonzept zuwiderlaufen, nach dem das Parken der Pendler gerade aus dem Zentrum herausgehalten und auf die

Nachbarbahnhöfe und dortigen P&R-Plätze verlagert werden soll. Die Zusammenlegung der Bahnhöfe Falkensee-Seegefeld und Albrechtshof sollte geprüft werden.

Ein Ausbau von zwei auf sechs Gleisen würde Falkensee massiv treffen. Lärmschutzwände sind zu erwarten, da die schnellen Fernzüge ungebremst durch Falkensee rauschen würden; zudem ist eine Zunahme von Güterzügen prognostiziert. Schon frühzeitig soll darauf hingewirkt werden, dass die entstehende Trennwirkung, gerade im Zentrum in einen nördlichen und einen südlichen Teil, weitgehend minimiert und die Querungsmöglichkeiten gemäß INSEK verbessert werden sollen z.B. durch Verlängerung des Damms Richtung Westen bis Bahnhof Falkensee, der eine attraktivere Zentrumsentwicklung ermöglichen würde.

Eine Stärkung des SPNV wird grundsätzlich befürwortet. Es ist dabei darauf zu achten, dass bei allen langfristigen Planungen im Rahmen von i2030, bei denen eine Realisierung der Gesamtmaßnahme nicht vor dem Jahr 2035 zu erwarten ist, auch kurzfristige Verbesserungen zeitnah vorgenommen werden. Durch das Bauen von Überwerfungsbauwerken etwa östlich und westlich vor dem Bahnhof Spandau könnte dort die Kapazität erhöht werden, was zu einem verbesserten Angebot führen dürfte. Auch Bahnsteigverlängerungen an den Regionalhalten für größere Personenbeförderungskapazitäten der Züge würden helfen.

Die Länder Berlin und Brandenburg sind letztlich Auftraggeber für die Planung. Daher sind die Vorstellungen und Forderungen durch die Stadtverwaltung nachdrücklich an die Berliner Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz und das Brandenburger Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung zu artikulieren.



Anne von Fircks, Vorsitzende  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen



Hans-Peter Pohl,  
Vorsitzender CDU-Fraktion



Peter Kissing,  
Vorsitzender SPD-Fraktion



Gerhard Thürling,  
Vorsitzender Fraktion Die Linke



Amid Jabbour,  
Vorsitzender FDP-Fraktion



Gerd Kirchner,  
Vorsitzender Fraktion Freie Wähler



Jonathan Manti,  
Vorsitzende\*r Fraktion IdJ feat. PPPTHBH



Julia Concu, Vorsitzende  
der Stadtverordnetenversammlung